

Hans J. Kleinsteuber, Sabine Nehls (Hg.): Media Governance in Europa. Regulierung – Partizipation – Mitbestimmung

Wiesbaden: VS Verlag 2011, 298 S., ISBN 978-3-531-17558-4, € 39,95

Als „Trendbegriff“, der „schillernd und mehrdeutig“ ist (S.67), bezeichnet der Herausgeber, der (kürzlich verstorbene) Hamburger Politikwissenschaftler Hans J. Kleinsteuber, in seinem eigenen Beitrag („Regulierung und Governance: Zivilgesellschaft in der Medienpolitik“, S.57ff) den der „Media Governance“. Er löse seit den 1970er Jahren den der Regulierung ab und werde verwendet, um auf verschiedenen, eigentlich nicht systematisierbaren Ebenen vieles, vielleicht Unvereinbares zu erfassen: Aufgezählt werden an diversen Stellen etwa der Einbezug neuer, nichtstaatlicher Akteure der so genannten Zivilgesellschaft (Stakeholder), die wachsende

Einsicht, dass durch Globalisierung und Digitalisierung vieles zumal im Medienbereich nicht mehr staatlich-hoheitlich zu regeln ist, wie besonders das Internet und die es beherrschenden, monopolartig agierenden Medienkonzerne wie Apple, Microsoft, Google, Facebook täglich bestätigen. Nicht selten folgt daraus das Eingeständnis, dass die Macht der Medien (wie immer definiert) nicht mehr kontrollierbar ist oder gar mit neoliberalen Verbrämungen der Selbstregulierung der Märkte überlassen wird oder werden muss. Oder Media Governance wird ganz einfach und pragmatisch verwendet: nämlich als neues schickes Paradigma, weil sich die herkömmlichen verschlissen haben, die Sachverhalte sich

zwar modifiziert, aber nicht grundlegend geändert haben. Daher lasse sich der Begriff mit verschiedenen, auch konträren Zielsetzungen besetzen: recht apologetisch, zur Legitimation oder gar Verklärung der bestehenden Verhältnisse, aber auch kritisch, wie es etwa Werner Meier von der Universität Zürich in seinem Beitrag besonders im Hinblick auf die Aktivitäten der EU-Kommission exemplifiziert, oder auch weitgehend deskriptiv-systematisch, wie es Kleinsteuber in der Einleitung und in dem genannten Beitrag tut: „Mit Governance beschreiben wir ganz allgemein ein Handeln unter Einbezug verschiedener Akteure, der Stakeholder“. (S.10)

Auch dieser Band habe die Metamorphosen dieser Sachverhalte und Analytik durchlaufen, heißt es eingangs im Vorwort: Gestartet als ein Forschungsprojekt für die Hans-Böckler-Stiftung, um die Arbeit der Arbeitnehmervertreter in den Rundfunkräten zu untersuchen (was die zweite Herausgeberin in einer Studie 2009 dokumentiert hat), öffnete sich die Perspektive zumal durch die Einladung europäischer Forscher auf europäische Vergleichsobjekte, nicht zuletzt um die besonderen deutschen Rundfunkstrukturen abzugrenzen, und mündete am Ende in das Konzept der Governance, mit dem das Projekt abschließt. Doch die Mehrheit der Beiträge ist eher komparatistisch angelegt, meist mit dem Fokus auf ein Land und eben nicht transnational bzw. -systemisch; und ebenso bleibt die Organisation des Rundfunks im Fokus; andere Medien, zumal die jüngsten

digitalen, werden allenfalls gestreift. So löst der Band nur in Ansätzen ein, was der Titel mit der eigentlich übergeordneten, transnationalen Perspektive erwarten lässt.

Rundfunk-Regulierung, -Aufsicht, -Kontrolle und -Mitbestimmung werden theoretisch-juristisch, komparatistisch und auch als praktische Erfahrungen von acht der insgesamt siebzehn Beiträge behandelt. Gefragt wird etwa nach Regulierungsdefiziten, rechtlichen Rahmenbedingungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland, divergierenden Einschätzungen zwischen Karlsruhe und Brüssel. Vergleichend werden Konditionen des public services in Frankreich, Großbritannien und Polen herangezogen und wiederholt wird die vorrangig ökonomistische Sicht- und Vorgehensweise der EU-Kommission kritisiert, die den Kultur- und Bildungsauftrag des Rundfunks untergräbt. Schließlich folgen Reflexionen und Erfahrungsberichte von (gewerkschaftlichen) Gremienvertretern, die sich fragen, wie „lästig oder nützlich“, wie „effektiv oder überflüssig“ solche Rundfunkarbeit in Anbetracht wachsender Konzentration, Kommerzialisierung und Globalisierung von Medienkommunikation ist bzw. noch sein kann. (S. 279ff)

Nach den grundlegenden Einführungen in Media Governance von Meier und Kleinsteuber loten andere Beiträge vor allem aus, welche Chancen der Beteiligung und des Einflusses nicht professionelle Stakeholder im Medienbereich, in seinen verschiedenen Dimensionen, von den strukturel-

len Vorgaben bis hin zum öffentlichen Diskurs, haben bzw. haben könnten. Dies stellt die Düsseldorfer Kommunikationswissenschaftlerin Christine Eilders in einem ebenso umfangreichen wie gründlichen Report über den Forschungsstand sowohl für die etablierten Massenmedien als auch für das Internet dar und benennt am Ende Forschungs- wie Handlungsdefizite: „Gemischt“ (S.177) fällt die Bilanz aus, da die Zivilgesellschaft entgegen manchen euphorischen Erwartungen längst noch nicht vorhandene wie zu erringende Partizipationsoptionen ausgeschöpft hat. Gegenüber dieser umfassenden eindrucksvollen Sichtung kümmern sich andere Beiträge um konkrete Initiativen und Aktionen, die entweder noch bestehen oder schon abgeschlossen sind und hier bilanziert werden: etwa um das „Community Media Forum Europe“, um Optionen von Gewerkschaften und Genossenschaften, um „Media for Europe Monitor“ und von medienpolitischen Initiativen (EURO-MEI) der globalen Gewerkschaft für Medien und Kunst (UNI-MEI). Am Ende werden Optionen internationaler Journalistenorganisationen während der Medienkrise erörtert.

Einen gleichberechtigten Platz in Medienentwicklung und -kontrolle fordert Kleinsteuber für Bürger, Aktivisten und zivilgesellschaftliche Gruppen ein; denn nur so könne den zivilgesellschaftlichen Zielen und Ansprüchen kommunikativ angemessen Rechnung getragen und demokratische Willensbildung, Reflexion und

Selbstbeobachtung erreicht werden. Besser noch: „Wir schaffen diese Orte der Selbstbespiegelung ganz ab und geben das eingesparte Geld den Bürgern als Hilfe zur autonomen Mediengestaltung zurück.“ (S.86) Aber so viel Spontaneität, naive Logik und anarchistische Kreativität dürften Medien- und Informationsgesellschaften auf dem etablierten, auch verkrusteten Niveau wie die unsrige kaum vertragen. Medien sind und werden immer mehr Geschäft und Macht bleiben, die kaum unabhängigen Subjekten übereignet werden.

Hans-Dieter Kübler (Hamburg)